

## **Frankfurter Zentrum der Islamischen Kultur zieht gegen Verbot vor Gericht**

Der islamische Verein ZIK in Frankfurt klagt gegen das Verbot des IZH durch das Bundesinnenministerium. Sitzung beim Gericht in Leipzig.

Stand: 08.08.2024 12:48 Uhr

### **Gemeinschaftsproteste und Rechtsstreit**

In einer Reaktion auf das Verbot des Islamischen Zentrums Hamburg (IZH) durch das Bundesinnenministerium, welches Ende Juli stattfand, hat das Zentrum der Islamischen Kultur Frankfurt (ZIK) rechtliche Schritte eingeleitet. Dies geschieht in einem Kontext, in dem das Frankfurter Zentrum als Ableger des IZH angesehen wird und nun ebenfalls in die rechtlichen Wirren verwickelt ist.

### **Vereinsverbot und seine Gründe**

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) begründete das Verbot mit der Auffassung, dass das IZH aktiv an der Förderung einer autoritär-islamischen Herrschaft beteiligt sei. Insbesondere wurde darauf hingewiesen, dass das Zentrum die Ideologie der iranischen „Islamischen Revolution“ propagiert und eine Verbindung zu terroristischen Aktivitäten aufweist, einschließlich der Unterstützung von Organisationen wie der Hisbollah.

### **Proteste der Gemeinde**

Seitdem das Verbot bekannt wurde, sind die Mitglieder des ZIK

aktiv geworden. Sie protestieren regelmäßig gegen die Schließung ihrer Moschee, die sie als erhebliche Beeinträchtigung ihrer Religionsfreiheit empfinden. In ihren Äußerungen betonen sie, dass die Imam Ali Moschee in Frankfurt-Rödelheim stets ein Ort des friedlichen Gebets und des interreligiösen Dialogs gewesen sei, und sie beabsichtigen, alle rechtlichen Mittel auszuschöpfen, um ihre Moschee zurückzugewinnen.

## **Gerichtliches Verfahren**

Eine Sprecherin des ZIK hat mitgeteilt, dass Klage und Eilantrag beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig eingereicht wurden. Beide Seiten haben jetzt die Möglichkeit, ihre Positionen zu erläutern. Der Zeitrahmen für eine mögliche Entscheidung bleibt hingegen ungewiss.

## **Auswirkungen auf die Gemeinschaft**

Das Verbot und der anschließende Rechtsstreit stellen nicht nur eine rechtliche Herausforderung dar, sondern sind auch ein bedeutendes Thema für die muslimische Gemeinschaft in Frankfurt. Die Versammlung der Gemeinde zeigt, dass die Mitglieder sich solidarisch zeigen und eine starke Stimme gegen das Verbot erheben. Die gesamte Situation hat erheblichen sozialen und psychologischen Einfluss auf die Anwohner und die Verständigung innerhalb der Gemeinschaft, was in den kommenden Wochen sicherlich weiter beobachtet werden wird.

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](http://n-ag.de)**